LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
18. Wahlperiode

Drucksache 18/11085
zu Drucksache 18/10450
12. 12. 2024

Antrag

der Gruppe FREIE WÄHLER

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 18/10450 –

Landeshaushaltsgesetz 2025/2026 (LHG 2025/2026)

Personelle und materielle Stärkung der rheinland-pfälzischen Polizei: Beköstigung auf Bundesniveau anpassen, Anwärterzahlen stabilisieren und Ausstattung aufwerten

Der Landtag stellt fest,

Die rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten leisten täglich einen unentbehrlichen Dienst für alle Bürger. Zusehends sehen sie sich in ihrem Arbeitsalltag mit Gewalt, Anfeindungen und Häme konfrontiert. Dabei schützen sie unsere Freiheit und bewahren, teilweise unter Einsatz ihres eigenen Lebens, die rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung. Sie sind Vor- und keine Feindbilder.

Jenseits dessen sehen sich Polizeikräfte jedoch mit weiteren Problemen konfrontiert, die die Ausübung ihrer Pflicht erschweren. Viele Überstunden und Krankheitsausfälle sind zu nennen. Gleichzeitig darf die psychologische Belastung, der sich Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nach emotional und physisch fordernden Einsätzen ausgesetzt sehen, nicht unterschätzt werden. Es ist bedenklich, dass Polizisten im Schnitt deutlich früher sterben als andere Beamte. Ein Gutachten, das diese Entwicklung untersucht, ist dringend in Auftrag zu geben.

Die Gesundheit der rheinland-pfälzischen Polizeibeamten hat Priorität. Das muss sich auch in der Einsatzverpflegung widerspiegeln. Aber gerade bei der Beköstigung gibt es dringenden Handlungsbedarf. Deswegen muss der Verpflegungssatz mit dem neuen Haushaltsjahr auf Bundesniveau angehoben werden. Das bedeutet 21 Euro statt den aktuellen 11 Euro.

Der Polizeiberuf wird immer ein besonderer bleiben. Es ist nicht möglich, diese Arbeit gefahrlos auszuüben. Dennoch kann die Situation der rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten deutlich verbessert werden. Wer das demokratische System verteidigt, Bürgerinnen und Bürger schützt, dem darf es nicht an adäquater Ausrüstung mangeln. Dazu gehören neben Bodycams und Schutzwesten auch Einsatzhelme für alle operativen Einsatzkräfte – und eben keine Poolausstattung – und CO_2-Warner für alle Streifenwagen. Auch die Home-Office-Möglichkeiten müssen durch den Erwerb von entsprechender Soft- und Hardware erheblich gesteigert werden, um die Dienstausübung zu attraktiveren.

Abschließend darf die Zahl der jährlichen Anwärter nicht absinken. Dafür muss gelten, dass pro Jahr mindestens 500 Anwärter eingestellt werden. Die rheinland-pfälzischen

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 16. Januar 2025 – Vorabdruck verteilt am 12. Dezember 2024

b. w.

Polizisten brauchen mehr Kollegen – und nicht weniger. Das betrifft auch den Bereich der Tarifbeschäftigten. Wenn dort Stellen abgebaut werden, die dann mit Polizeibeamten nachbesetzt werden müssen, leidet der gesamte Polizeiapparat.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf:

- ein Gutachten zu erstellen, dass das frühere Sterbealter von Polizisten im Vergleich zu anderen Beamten untersucht,
- die Einsatzverpflegung auf Bundesniveau anzuheben,
- mehr Geld in die Ausstattung zu investieren und mehr Home-Office-Möglichkeiten zu schaffen,
- pro Jahr mindestens 500 Anwärter einzustellen und von Stellenstreichungen im Bereich der Tarifbeschäftigen abzusehen.

Für die Gruppe
Helge Schwab